

## **Deklaration „Aufklärung, Unterstützung und Entschädigung für die ehemaligen Kinder und Jugendlichen der Haasenburg“**

Die Teilnehmenden der Fachtagung des Aktionsbündnisses gegen Geschlossene Heimunterbringung erklären sich solidarisch mit der in Gründung befindlichen Interessensgemeinschaft der ehemaligen Kinder und Jugendlichen der Haasenburg.

Das Unrecht, das die in den Einrichtungen der Haasenburg untergebrachten Kinder und Jugendlichen in Form von Zwang, Gewalt, Misshandlung, drangsalierenden Regeln und Isolation erfahren haben, wirkt bis heute nach. Sowohl das Bundesland Brandenburg, das in der Aufsicht der Einrichtungen der Haasenburg versagte, als auch die Bundesländer, die Kinder und Jugendliche in die Heime der Haasenburg schickten, müssen die Verantwortung für das in staatlicher Obhut widerfahrene Leid der Kinder und Jugendlichen übernehmen. Voraussetzung hierfür ist die Anerkennung des Unrechts durch die verantwortlichen Minister:innen bzw. Senator:innen und eine Entschuldigung ggü. den Betroffenen.

Wir fordern daher:

- 1.) Eine lückenlose Aufklärung der bis heute offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Skandal der Haasenburg.
- 2.) Die Unterstützung der jungen Erwachsenen bei der Bewältigung der psychologischen und sozialen Folgen des Erlebten.
- 3.) Die Entschädigung der ehemaligen Kinder und Jugendlichen der Haasenburg durch die Ergänzung des Opferentschädigungsgesetzes und des SGB XIV um den Tatbestand der „institutionalisierten Gewalt“ oder mindestens die Einrichtung eines Entschädigungsfonds durch das Land Brandenburg.

Hamburg, den 04.03.2022